

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Ernst Haar MdB, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, fordert neue verkehrs- und ordnungspolitische Entscheidungen: Verschuldung der Bahn wächst bedrohlich.
Seite 1/2

Ralph Herberholz MdB schildert, wie man in Rheinland-Pfalz Beweise gegen die Gesamtschule erzwingt: Schulpolitik à la Laurien.
Seite 3

Klaus Kühler MdB fragt, was aus den Grundsätzen zur Umweltverträglichkeitsprüfung geworden ist: Glaubwürdigkeit der Umweltpolitik.
Seite 4

Dokumentation

Bruno Kreisky auf dem Davos-Symposium 1981: Für einen schöpferischen Dialog Europas mit dem demokratischen Amerika.
Seite 5-8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Gödesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 34

18. Februar 1981

Verschuldung der Bahn wächst bedrohlich

Verkehrs- und ordnungspolitische Entscheidungen sind unumgänglich

Von Ernst Haar MdB
Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

Die finanzielle Lage der Deutschen Bundesbahn verschlechtert sich in bedrohlicher Weise. Im letzten Jahr nahm die Verschuldung um über zwei Milliarden DM zu und bis 1984 tritt eine dramatische Verschlechterung ein, wenn nicht rasch Konsequenzen gezogen werden.

Der im Bundeshaushalt 1980 vorgesehene Zuschuß von 14,3 Milliarden DM an die Deutsche Bundesbahn wurde auf 12,9 Milliarden DM gekürzt. In ähnlichem Umfang wurden auch die Ansätze der mittelfristigen Finanzplanung verringert. Dies zu einem Zeitpunkt, in dem das Transportaufkommen der Bahn infolge der Produktionseinschränkungen der Montanindustrie zurückgeht und auch im Personenverkehr keine überdurchschnittlichen Steigerungsraten zu erwarten sind. Die durchgeführte Tarifierhöhung im Personenverkehr und die geplante Anhebung der Gütertarife können die Einnahmeausfälle nur teilweise ausgleichen.

Der Deutschen Bundesbahn bleibt nur der Gang zum Kapitalmarkt. Wohin dies führt, wenn sich an den verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nichts verändert, zeigen die Prognosen über die Entwicklung der Finanzen der Bahn. Danach muß mit einem Anwachsen der Schuldenlast der Deutschen Bundesbahn von zur Zeit 32 Milliarden DM auf nahezu 50 Milliarden DM im Jahr 1984 gerechnet werden.



Die jährliche Zinsbelastung wurde dann von derzeit rund drei Milliarden DM auf nahezu fünf Milliarden DM steigen.

Diese Entwicklung wäre für die Bundesbahn verhängnisvoll. Gelingt es in den kommenden Jahren nicht, den rapiden Anstieg der Verschuldung aufzuhalten, so wird die wirtschaftliche Situation der Deutschen Bundesbahn unhaltbar. Der jetzt beschrittene Weg, die Investitionen erheblich zu kürzen, ist kurzsichtig und verschlechtert die Situation noch mehr.

Eine Stabilisierung der finanziellen Lage der Deutschen Bundesbahn ist nur möglich, wenn die verkehrspolitischen Rahmenbedingungen verändert werden. Ohne eine Steigerung des Güteraufkommens der Bahn, ohne die Beseitigung der bestehenden Wettbewerbsverzerrungen und ohne eine befriedigende Regelung für die Deckung der Kosten des Nahverkehrs ist die jetzige Entwicklung nicht zu bremsen. Die Verkehrspolitik kann nicht weiter tatenlos zusehen, wie Werkverkehr treibende Unternehmen ihre eigenen Schiffe und Lastkraftwagen unabhängig von Konjunkturschwankungen kontinuierlich auslasten, während der Bundesbahn eine "Rote-Kreuz-Funktion" in Zeiten des Hochbedarfs zufällt.

Die Frage nach dem gesamtwirtschaftlich wünschenswerten Umfang des Werkverkehrs muß rasch beantwortet werden. Gleiches gilt für den grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr.

Auch für die Deckung der im Nahverkehr entstehenden Defizite der Deutschen Bundesbahn fehlt ein befriedigendes Konzept. Selbst in den neu gebauten und gut genutzten S-Bahn-Systemen von München, Stuttgart, Frankfurt und Hamburg decken die Einnahmen nur 30 bis 50 Prozent der Betriebskosten. Daß diese Systeme gesamtwirtschaftlich nützlich sind, ist vielfach belegt. Dennoch weist das Wirtschaftsergebnis der Deutschen Bundesbahn nach Abzug aller Zuschüsse einen Fehlbetrag von 1,5 Milliarden DM für den Schienen-Personennahverkehr aus. Entweder muß der Bund bereit sein, die Kostenunterdeckung im Nahverkehr voll auszugleichen, oder die Länder und Gebietskörperschaften beteiligen sich an der Verlustabdeckung.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die immer wieder vorgeschlagenen Modelle wie die Trennung von Fahrweg und Betrieb, oder rein betriebswirtschaftliche Konzepte weder nennenswerte Kostenersparnisse bringen noch politisch durchsetzbar sind. Neue Untersuchungen werden zwangsläufig zu gleichen Ergebnissen führen und lediglich die Eisenbahner aufs Neue verunsichern. Bahn und Eisenbahner brauchen keine Lippenbekenntnisse über die Unverzichtbarkeit der Bahn, jetzt muß die oft erklärte "Liebe zur Bahn" auf den politischen Prüfstand mit dem Ziel einer wirksamen ordnungspolitischen Kurskorrektur, bevor es zu spät ist.

(-/18.2.1981/ks/ca)

+ + +

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Schulpolitik à la Laurien

Wie man einen Beweis gegen die Gesamtschule erzwingt

Von Ralph Herberholz MdB

Daß die rheinland-pfälzische CDU zur Frage der Gesamtschule ein ähnliches Verhältnis hat wie der Teufel zu Weihwasser, ist hinlänglich bekannt: Am besten läßt man die Finger davon. Da die Gesamtschuldiskussion sehr zum Leidwesen der Kultusministerin und ihrer Parteifreunde auch an Rheinland-Pfalz nicht ganz spurlos vorübergeht, laufen als bildungspolitisches Alibi zwei Versuche mit dieser Schulform.

Doch wenn sich die ungeliebten Kinder nicht vermeiden lassen, soll wenigstens eines davon durch Ausblutung beseitigt werden: Die Gesamtschule Kastellaun (Hunsrück). Die Schule fürchtet um ihre Existenz, wenn es bei dem jetzigen Beschluß der Ministerin bleibt, dort keine Oberstufe einzurichten. Mit Recht fragen sich dann die Eltern, warum sie ihr Kind erst zur Gesamtschule Kastellaun schicken sollen, wenn es später doch nach dem 17 Kilometer entfernten Simmern aufs Gymnasium soll. Dort kann es wenigstens in einem Zug bis zum Abitur bleiben. Die Freiheit von Eltern, sich für die Schule ihrer Wahl zu entscheiden, steht nicht zur Debatte.

Diese Entwicklung zeichnet sich bereits jetzt ab: Nachdem 1975 noch über 90 Prozent der Kinder aus dem Kastellauner Bereich nach der vierten Klasse an der Gesamtschule blieben, wanderten in diesem Schuljahr schon 25 Prozent der Fünftklässler nach Simmern ab. Resultat für die Gesamtschule Kastellaun: Es ist zu fürchten, daß dort diejenigen Schüler bleiben, die sonst zur Haupt- oder Realschule gegangen wären. Auf diese Weise kann Frau Minister wenigstens später den Beweis erbringen, daß das "Leistungsniveau" an Gesamtschulen eben doch nicht an das des "guten" alten Gymnasiums heranreicht.

Vor einem halben Jahr hätte Frau Laurien noch einer Oberstufe in Kastellaun zugestimmt, wenn die Verkehrsverhältnisse für die Schüler "unzumutbar bleiben". Die Schüler wissen selbst, was "ihre" Ministerin ihnen zumutet: Wenn sie aus dem Kastellauner Einzugsbereich nach Simmern fahren müssen, ergibt sich ein Schulweg zwischen 20 und 30 Kilometern und Fahrzeiten bis zu zwei Stunden. Die 60-Stunden-Woche (ohne Hausaufgaben) ist dann keine Seltenheit.

Gerne bemühen Frau Laurien und ihre bildungspolitischen Freunde den Elternwillen, wenn beispielsweise in Hessen eine konservative Oberschicht ihren Sprößlingen nicht zumuten will, mit allen anderen Kindern die "gleichmacherische" Schulbank einer integrierten Gesamtschule zu drücken. Wenn der Elternwille ihr aber nicht in den Kram paßt, wird er rigoros wieder gebügelt. Was bedeuten dann schon 4.000 Unterschriften (jeder zweite Wahlberechtigte in der Verbandsgemeinde) für die Schaffung der Oberstufe? Was bedeutet dann die Tatsache, daß sich die Schule nach anfänglicher Skepsis großer Beliebtheit erfreut und heute ihr Einzugsbereich über das ehemalige Kastellauner Hauptschulgebiet hinausgeht? Schließlich müßte man dann zugeben, daß die Gesamtschule von den Eltern zunehmend positiv bewertet wird.

Vielleicht überdenkt Frau Laurien ihre Entscheidung nochmals, wenn sie im Landtag wieder über einen Vorsprung von zwei Sitzen verfügt. Dann könnte sie zur Not auch mal auf die Stimme ihres Simmerner Parteifreundes verzichten.

Wie gerne würden wir in Rheinland-Pfalz Frau Laurien mit ihrer Bildungspolitik nach Berlin ziehen lassen, doch was man seinem ärgsten Feind nicht wünscht, sollte man den Berlinern als unseren Freunden erst recht nicht zumuten. Noch klirren im Porzellanladen der Berliner Schulpolitik keine Gesamtschulscherben. Bleibt zu hoffen, daß sich das auch nach dem 10. Mai nicht ändert. Hier gibt es genügend Scherben zu kitten. Frau Minister, packen Sie es an!

(-/18.2.1981/ks/ca)

+ + +



Glaubwürdigkeit der Umweltpolitik

Was ist aus den Grundsätzen zur Umweltverträglichkeitsprüfung von 1975 geworden?

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion

Die Koalitionsvereinbarungen haben mit guten Gründen für diese Legislaturperiode ein besonderes Schwergewicht auf die weitere Verbesserung des Umweltschutzes gelegt. Das bedeutet aber nicht nur, daß neue weitergehende Überlegungen angestellt werden, wie zum Beispiel in der zur Zeit in der Beratung befindlichen EG-Richtlinie zur Prüfung der Umweltverträglichkeit bestimmter öffentlicher und privater Vorhaben, sondern das muß auch zur Folge haben, daß Vollzugsdefizite schon bisher getroffener politischer und gesetzgeberischer Entscheidungen abgebaut werden.

Als eine auch für die Glaubwürdigkeit der Umweltpolitik sehr wichtige Frage in diesem Zusammenhang halte ich die, wie sich die 1975 beschlossenen Grundsätze für die Prüfung der Umweltverträglichkeit öffentlicher Maßnahmen in der Praxis seither ausgewirkt haben und realisiert worden sind. Eine kritische Prüfung der Wirksamkeit, genauer der Handhabung der Grundsätze von 1975 zur Umweltverträglichkeitsprüfung von öffentlichen Maßnahmen ist erkennbar dringend notwendig. Dazu gehört vor allem auch, einmal festzustellen, wie hoch die Zahl der durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfungen zum Beispiel im Bereich des Verkehrs- oder Bauministeriums bisher war.

Schon jetzt lassen sich mögliche Schwachstellen bei den Grundsätzen für Umweltverträglichkeitsprüfungen erkennen. So ist zu prüfen, ob die Regelung, daß die Grundsätze zur Umweltverträglichkeitsprüfung dann keine Anwendung finden, soweit spezielle Bestimmungen zum Schutz der Umwelt getroffen sind, die Grundsätze praktisch außer Kraft setzen.

Da wesentliche Maßnahmen vor allem auch Großbaumaßnahmen des Bundes im sogenannten privatrechtlichen Bereich stattfinden, muß die Frage ernsthaft geprüft werden, ob der Anwendungsbereich der Grundsätze auch auf private Vorhaben des Bundes ausgedehnt werden müßte. Eine weitere wichtige Frage ist, ob es in Zukunft noch ausreichend ist, die Grundsätze nur als Selbstbindung des Bundes zu belassen oder ob sie im Sinne ihrer Wirksamkeit zu einer rechtlichen und damit gerichtlichen überprüfbaren Verpflichtung weiterentwickelt werden müssen.

Es ist bislang selbstverständlich, zum Beispiel feuerpolizeiliche Prüfungen vorzunehmen, es muß genauso selbstverständlich werden, auch Umweltverträglichkeitsprüfungen vorzunehmen.
(-/18.2.1981/ks/ca)

+ + +



Dokumentation

Beim Davos-Symposium 1981 des Europäischen Management-Forums hat der österreichische Bundeskanzler und Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Bruno Kreisky, ein Referat gehalten "Wie kann Europa eine entscheidende Weltrolle spielen, die mit seiner Identität vereinbar und den wechselnden Erwartungen der Übrigen Welt entspricht?". Wir dokumentieren den Text - Zwischenüberschriften sind redaktionell hinzugefügt.

Für einen schöpferischen Dialog Europas mit dem demokratischen Amerika

Es ist die allgemeine Auffassung, daß die Außenpolitik des neuen Präsidenten sich substantiell von der Außenpolitik Carters unterscheiden werde. Vor allem erwartet man eine "Politik der Stärke". Hier werden meiner Ansicht nach heute schon sehr weitgehende Wechsel auf die Zukunft ausgestellt, und ich habe meine Zweifel, ob sie in absehbarer Zeit eingelöst werden können.

"Politik der Stärke" im Iran?

Nehmen wir einen Moment lang an, es würde sich die iranische Tragödie mit der Geiselnahme, die doch eine Folge einer gewaltigen Eruption im Iran war, heute wiederholen und die Formel von der "Politik der Stärke" würde auf die Probe gestellt.

Darf ich zum besseren Verständnis sagen, daß der Einsatz der USA im Vietnamkrieg und in den damit zusammenhängenden Kriegen - ganz abgesehen von den lokalen Kräften und dem Einsatz der Verbündeten - ein gewaltiger war. Die Zahl der Gefallenen und zivilen Toten betrug 56.000, die der Verwundeten 300.000.

Dies stellt immerhin ein Fünftel der amerikanischen Verluste im Zweiten Weltkrieg dar.

Die geschätzten Gesamtkriegskosten betragen 383 Milliarden Dollar. Die Gesamtzahl der in Indochina am Höhepunkt des Krieges Anfang 1969 eingesetzten US-Truppen betrug 545.000 Mann. Der Materialeinsatz war gigantisch. Der Ausgang ist bekannt und hat zudem zu psychologischen Konsequenzen geführt, die für die Menschen Amerikas schwer zu verkraften waren: Zum erstenmal in ihrer Geschichte haben die USA einen Krieg verloren.

Der Koreakrieg endete immerhin als ein erfolgreicher Akt der "Politik der Eindämmung". Der Vietnamkrieg war also eine Niederlage: militärisch, psychologisch und politisch.

Ich bin der Auffassung, daß ein so gigantischer militärischer Einsatz, wie er damals erfolgte, nicht einfach wiederholbar ist. Würde also im Falle des Irans die Politik der Stärke bringen können? Die Politik der Stärke wird also letzten Endes, da man ja nicht den großen Krieg, bei dem ja auch die Overkill capacity (Fähigkeit, die Bevölkerung des Feindlandes mehrfach zu töten) beider Supermächte in Betracht zu ziehen ist, bei realistischer Beurteilung der Situation vor allem dazu führen, daß die Rüstungsanstrengungen der Vereinigten Staaten und damit ihrer Verbündeten vervielfacht werden.

Da die Verbündeten der Vereinigten Staaten Demokratien sind, muß diese Politik in den Parlamenten und vor den Völkern dieser Staaten vertreten werden, und hier sehe ich beträchtliche Schwierigkeiten, die sich zum Teil schon heute anmelden.

Ich glaube aber, daß es - will man der latenten Gefahr eines amerikanischen Isolationismus begegnen - ein Mindestmaß an militärischer Solidarität mit den USA geben muß. Und dieses Maß an Solidarität wird danach beurteilt, welchen Einsatz Europa zu leisten bereit ist.

Zur "Politik der Stärke" gehört übrigens auch die richtige Einschätzung des anderen. Wenn man eine "Politik der Stärke" anvisiert, muß man sich auch nüchtern Klarheit darüber verschaffen, wie stark der andere ist, und man selbst sich keiner Täuschung darüber hingeben, zu welchen militärischen Kraftanstrengungen auch die Menschen der Sowjetunion trotz allem bereit sind. Denken Sie an den Zweiten Weltkrieg.

Als Hitler vor Leningrad, Moskau und auf der Krim stand, konnte er die Sowjetunion nicht zur Kapitulation zwingen, obwohl diese schlecht ausgerüstet war. Dies würde auch heute



nicht gelingen. Ein neuer Krieg stürzt jede der beiden Supermächte und die Welt mit ihnen in den Abgrund.

Die Entwicklung in Polen

Ein Problem, das in seiner alarmierenden Wirkung von uns sehr viel ernster betrachtet wird als in den USA, ist die Entwicklung in Polen.

Ohne Zweifel hat die Sowjetunion gegenüber Polen bisher eine Politik großer Vorsicht betrieben. Was natürlich versteckte und offene Drohungen nicht ausschließt. Aber es hat keine direkte militärische Intervention gegeben. Es hat auch keine direkte und sofortige Intervention in Ungarn und in der Tschechoslowakei gegeben.

Sofern es der polnischen Regierung gelingt, die Kontrolle über das, was im Lande geschieht, wieder zu erlangen, könnte es eine Chance für einen polnischen Weg geben. Wir aber glauben, daß sich der Liberalisierungsprozeß, der mit der Gründung der freien Arbeiterbewegung eingesetzt hat, nicht so ohne weiteres wird kanalisieren und kontrollieren lassen. Mit einmal in Bewegung geratenen Massen läßt sich nur sehr schwer diskutieren.

Der polnische Ministerpräsident hat es schwer und, wie sich jetzt zeigt, auch der polnische Gewerkschaftsführer Walesa. Es bleibt uns die Hoffnung auf einen eigenen polnischen Weg, so wie es einen ungarischen gibt. Der polnische ist nur akzentuierter, weil stark katholisch-religiös determiniert, er ist emotionaler, weil es sich um eines der heroischen Völker Europas handelt.

Intervention der SU: Kalter Krieg

Sollte aber das Ärgste passieren, nämlich eine militärische Intervention in Polen stattfinden, und das trotz Gegenwehr, dann - und darüber muß man sich klar sein - hat damit der Entspannungsprozeß sein Ende gefunden, und es wird zu einem Wiederaufleben des Kalten Krieges kommen. Ich wiederhole es: Eine militärische Invasion Polens würde unvermeidbar zum Wiederaufleben des Kalten Krieges führen, mit allen Konsequenzen.

Und daß man eine solche Entwicklung in den Hauptstädten Europas, in Wien und Bern, in Berlin und Bonn, in Kopenhagen, in Stockholm, Oslo und Helsinki, in Brüssel und Den Haag, anders beurteilen wird als etwa in Texas oder anderen Teilen der Vereinigten Staaten, ist auch klar. Aus der Nähe zum Ereignis, das stattfindet, und der jeweiligen Betroffenheit der Menschen ist das alles begreiflich.

Und so scheint mir die Aufgabe der europäischen Politik die zu sein, mit den gut informierten Persönlichkeiten der neuen amerikanischen Administration in einen schöpferischen Dialog einzutreten, darüber, was alles geschehen muß, um jene - ich will es "comprehensive solidarity" (umfassende Solidarität) nennen, zu schaffen, die notwendig ist zwischen dem demokratischen Europa und dem demokratischen Amerika.

Und nun zu einer anderen aktuellen Frage: Es gibt ein beängstigendes Zusammentreffen zwischen den wenig erfreulichen Entwicklungen in der Weltpolitik und den recht unerfreulichen Entwicklungen in der Weltwirtschaft. Das scheint mir der große Unterschied zur Krise der siebziger Jahre zu sein, wo ja das gerade Gegenteil der Fall war: Stark ausgeprägte Krisensymptome in der Weltwirtschaft auf der einen Seite und eine einem ersten Höhepunkt zustrebende Entspannungspolitik, symbolisiert durch die Konferenz von Helsinki im Jahre 1975

Was die Entspannung brachte

Was hat die Entspannungspolitik gebracht: Die relative Ruhe um Berlin und die Annäherung der beiden deutschen Staaten mit dem menschlichen Aspekt, daß 1980 mehr als 3,5 Millionen Westdeutsche nach Ostdeutschland fahren konnten. Dieses neue deutsch-deutsche Verhältnis wurde fast zu einem Axiom der deutschen Politik.

Die Entspannungspolitik verhalf den kleineren Staaten in Europa zu einem höheren Maß an Entfaltungsmöglichkeiten, was sich besonders am Beispiel des neutralen Österreich illustrieren läßt.



Sie brachte eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem europäischen Osten und dem europäischen Westen, wobei der europäische Osten, also die Sowjetunion und Polen, eine wichtige Rolle in der doch krisenhaften Energiepolitik spielen konnte.

Darüber hinaus ist doch erreicht worden, daß sowjetische Dissidenten nicht so lebensgefährdet waren, wie das früher der Fall war, daß es immerhin eine Liberalisierung in den Auswanderungsmöglichkeiten für sowjetische Juden gegeben hat - trotz heftigen arabischen Widerstands. Auch eine nicht zu unterschätzende Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bereich hat es gegeben, und nicht unerwähnt soll bleiben, daß sich europäische kommunistische Parteien in Ländern, in denen sie ein politischer Faktor von Bedeutung sind, eine gewisse Mäßigung auferlegt haben.

Ich trete hier wieder als Anwalt der Entspannungspolitik auf, beschränke mich dabei auf eines. Ich kenne Ihre Schwächen und Gefahren, aber dennoch sage ich Ihnen, daß man sich nicht leicht zur Aufgabe dieser Politik entschließen sollte, sondern, solange es mit unserer Würde vereinbar ist, alles tun muß, um sie wenigstens pragmatisch hinüberzuretten in eine Zeit, die ihr wieder bessere Chancen bietet.

Allerdings dort, wo die Ereignisse selber von solcher Schwere sind, daß sie sie unmöglich machen, werden wir uns mit dieser neuen Situation zurechtfinden müssen. Aber diejenigen, die sich mit zu jenen zählen, die hier "Kärner am Werke" waren, können doch gar nicht anders, als dieses Werk hüten und bewahren, so lange es geht.

Die Entwicklung in Lateinamerika

Lassen Sie mich nun auf eine Frage eingehen, die im Laufe der letzten Jahre eine neue politische Dimension im demokratischen Europa erlangt hat: Die Entwicklungen in Lateinamerika und die Frage der dortigen Präsenz der Vereinigten Staaten.

Wir wissen, daß es eine traditionelle Neigung in der amerikanischen Administration gibt, im Interesse der Stabilität, jedes herrschende Regime, soweit es zu den Vereinigten Staaten ein gutes Verhältnis unterhält, zu stützen. Aber die lateinamerikanische Wirklichkeit ist eine andere als die, die wir aus Europa gewöhnt sind:

Es gibt dort offenbar in der Politik so etwas wie den Aufbruch großer Massen, und diese Aufbruchstimmung in vielen lateinamerikanischen Ländern umfaßt gemäßigte Sozialliberale und Sozialdemokraten ebenso wie autochthone (ureingessene) revolutionäre und radikale Bewegungen. Viele dieser Bewegungen erfreuen sich beträchtlicher Sympathien in Europa, vor allem innerhalb katholischer Jugendbewegungen, aber auch innerhalb der europäischen Sozialdemokratie.

Eine demonstrative und eklatante Unterstützung von Militärdiktaturen muß zwangsläufig zu einer großen Belastung werden. Ich gebe hier keine Ratschläge, aber ich mache auf das Problem aufmerksam, das unter Umständen zu Antipathien und Malaise (Unbehagen) führen könnte.

Der Nord-Süd-Dialog

Und schließlich ein Wort zum Nord-Süd-Dialog: Die Demokratien der Welt sind gleichzeitig auch die sogenannten reichen Staaten. Aber wie reich sind sie heute eigentlich?

So haben allein die OECD-Staaten 1980 ein Leistungsbilanzdefizit von 73,7 Milliarden Dollar gehabt. Dabei ist zu beachten, daß das Leistungsbilanzdefizit 1970 nur sieben Milliarden Dollar betragen hat. Es besteht keine Chance, zu einem Abbau dieses Zahlungsbilanzdefizits zu kommen, außer eine neue Weltwirtschaftskrise drosselt den Energiebedarf in einer Weise, die kaum vorstellbar ist.

Und hier bekommt der Nord-Süd-Dialog eine zusätzliche Dimension: Es geht hier längst nicht mehr nur um mehr oder weniger karitative Akte der Entwicklungshilfe. Hier geht es ganz einfach um die Frage, ob die modernen Industriestaaten in der Lage sind, eine Entwicklungspolitik zu konzipieren, die zu einer Entwicklung der Infrastruktur der Länder der Dritten Welt führt.



Neue politische Grundhaltung

Hierfür muß die westliche Welt zu einem beträchtlichen materiellen, aber auch politischen Einsatz bereit sein. Nur dann wird sie mit den OPEC-Staaten in ein Verhältnis der Zusammenarbeit treten können. Alles das setzt eine neue politische Grundhaltung zu diesen Staaten voraus, die es bis vor kurzem kaum in Ansätzen gegeben hat.

Angesichts der krisenhaften weltwirtschaftlichen Entwicklung, die ich für viel tiefgreifender halte, als es viele tun, bekommen alle diese Fragen neue Aspekte.

Hier werden aufgeklärte europäische Politiker und Wirtschaftler die große Aufgabe haben, unseren amerikanischen Freunden einerseits, den OPEC-Ländern andererseits - von denen die meisten erst zu Freunden gemacht werden müssen -, und drittens den Entwicklungsländern, die voll von Mißtrauen uns gegenüber sind, ein weitreichendes Konzept zu entwickeln.

Dabei hat die Frage der Beziehungen des demokratischen Europas zur arabischen Welt eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.

Ohne PLO keine Lösung

Es scheint sich hier ein positiver Sinneswandel anzudeuten, von dem man in den USA bis heute noch wenig merkt.

Hier muß es noch zu einer Übereinstimmung der Politik zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaften und den Vereinigten Staaten kommen. Denn alles hängt hier von der Erkenntnis ab, daß eine friedliche Lösung des Problems der Palästinenser ohne die Anerkennung ihrer politischen Repräsentanz, der PLO, sich nicht finden lassen wird.

Alles Aufgaben, über die es sich lohnt, noch gründlicher nachzudenken, aber es wird letztlich davon abhängen, ob wir in der Lage sind, unseren theoretischen Betrachtungen auch die ihnen entsprechende Praxis folgen zu lassen. Das scheint mir, die europäische Aufgabe schlechthin zu sein.
(-/18.2.1981/hl/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

